

ARBEITSBLATT  
15

# Gesetzgebung der EU: EU begrenzt Verbrauch von Plastiktüten

Sie wurden massenhaft hergestellt, meist nur einmal benutzt und danach weggeworfen: Lange Zeit landeten in Europa jedes Jahr mehr als acht Milliarden Plastiktüten in der Landschaft oder im Meer. Plastikabfälle sind ein großes Umweltproblem. Sie gefährden Meerestiere und können in die Nahrungskette gelangen. 94 % der Nordseevögel haben inzwischen Plastik im Bauch. Zum sorglosen Konsum von Einkaufstüten trug auch bei, dass sie in Kaufhäusern und Modegeschäften bis Januar 2022 meist komplett kostenlos abgegeben wurden. So verbrauchte jeder EU-Bürger im Durchschnitt 200 Plastiktüten pro Jahr. Dabei gab es große regionale Unterschiede: Polen oder Portugiesen schleppten 466 Einwegtüten nach Hause, Dänen und Finnen dagegen nur vier! Am 6. Mai 2015 hat die EU eine Richtlinie verabschiedet, die den Gebrauch von leichten Plastiktüten in Europa gesetzlich begrenzt.

➡ 1. Die folgenden Zeitungsmeldungen skizzieren das Gesetzgebungsverfahren am Beispiel dieser Umweltrichtlinie. Allerdings haben sich die Journalisten im Begriffs-Dschungel der EU ordentlich verheddert und so insgesamt zwölf Fehler in die Nachrichten gepackt. Kannst du sie auf Anhieb entdecken? Unterstreiche die fehlerhaften Begriffe und trage die Korrektur in die jeweilige Leerzeile ein.

## a Brüssel will Plastikmüll vermeiden

Die EU-Regierung in Brüssel sucht nach Wegen, wie der Verbrauch von Plastiktüten gesenkt werden kann. Sollen umweltschädliche Einwegtüten besteuert oder ganz verboten werden? Oder sollen biologisch abbaubare Verpackungen steuerlich gefördert und besser vermarktet werden? EU-Umweltminister Janez Potočnik erklärte dazu: „Vor 50 Jahren waren Einweg-Plastiktüten praktisch unbekannt, heute benutzen wir sie für einige Minuten, danach belasten sie jahrelang unsere Umwelt.“ Zur Lösung des Problems seien die Ideen und Meinungen möglichst vieler Menschen gefragt. Deshalb hat der Europarat zu Konsultationen eingeladen, einer öffentlichen Anhörung, in denen Bürger, Umwelt- und Wirtschaftsverbände ihre Lösungsvorschläge unterbreiten können. (18. Mai 2011)

1. EU-Kommission 2. \_\_\_\_\_ 3. \_\_\_\_\_

## b EU-Kommission bringt Umweltgesetz auf den Weg

Heute hat die EU-Kommission einen Gesetzentwurf vorgelegt, über den nun das Europäische Parlament und der Europäische Rat entscheiden. Darin werden alle neuen Mitgliedstaaten verpflichtet, den Verbrauch leichter Plastiktüten zu verringern. Allerdings wird kritisiert, dass die Kommissionsabgeordneten kein einheitliches und verbindliches Reduktionsziel vorschreiben. So bliebe es dem jeweiligen Mitgliedsland überlassen, wie stark es den Verbrauch von Plastiktüten einschränkt. (4. November 2013)

1. \_\_\_\_\_ 2. \_\_\_\_\_ 3. \_\_\_\_\_

## c Anti-Plastiktüten-Richtlinie: Kompromiss erarbeitet

Das Europäische Parlament hat den Vorschlag der Kommission beraten und eine Stellungnahme in erster Lesung verabschiedet. Das Papier wurde anschließend im Finanzausschuss diskutiert. Dort versuchten Europaabgeordnete, die sich auf Umweltpolitik spezialisiert haben, einen Kompromiss zu erarbeiten. Die Umweltminister aller 28 Mitgliedsländer formulierten auf ihrem Gipfeltreffen am 2. März 2014 einen gemeinsamen Standpunkt. Nach einem Jahr Beratung einigten sich dann die Unterhändler des Parlaments und der EU-Regierung auf einen Kompromiss. Die EU-Mitgliedstaaten haben danach zwei Möglichkeiten, den Verbrauch von Plastiktüten einzuschränken: Entweder sie begrenzen die Anzahl der leichten Plastiktüten pro Person auf 90 pro Jahr bis 2019 und nicht mehr als 40 bis 2025 oder sie verbieten bis Ende 2018, dass leichte Plastiktüten kostenfrei an Kunden abgegeben werden. (28. April 2015)

1. \_\_\_\_\_ 2. \_\_\_\_\_ 3. \_\_\_\_\_

## d Neue EU-Verordnung: Plastiktüten-Verbrauch wird eingeschränkt

Mit der Veröffentlichung im EU-Vertrag tritt die Umweltrichtlinie in Kraft. Demnach soll jeder Bürger ab spätestens 2025 nur noch maximal 40 Plastiktüten jährlich verbrauchen. Die 28 EU-Kommissare können wählen, mit welchen Anreizen sie dieses Ziel erreichen. Die Bundesregierung prüft bereits eine mögliche Steuer oder Abgabe auf Plastiktüten. Auch ein grundsätzliches Verbot ist möglich. Umweltverbände kritisieren aber die zahlreichen Ausnahmen: Dünnwandige Tüten, in denen Obst oder Wurst verpackt werden, fallen nicht unter diese Regelung. Damit soll verhindert werden, dass der Handel auf noch umweltschädlichere Verpackungen wie zum Beispiel geschäumte Kunststoffschalen ausweicht. Ausgenommen sind auch extrastarke Tüten, die in der Regel mehrfach verwendet werden. (26. Mai 2015)

1. \_\_\_\_\_ 2. \_\_\_\_\_ 3. \_\_\_\_\_

➡ 2. Welche EU-Institutionen sind an der Gesetzgebung maßgeblich beteiligt und welche Befugnisse haben sie?